

**Museen und Gedenkstätten**  
**zur Erinnerung an die Opfer der**  
**kommunistischen Diktaturen**

Herausgegeben von Anna Kaminsky  
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.  
Erarbeitet von Anna Kaminsky, Ruth Gleinig und Lena Ens.

Sandstein Verlag, Dresden



Gedenkstätte für die Opfer der ungarischen Revolution 1956: Parzelle 300 und 301 in Budapest



BUDAPEST  
CSÖMÖR  
SOPRON



# Ungarn

Nach dem Ersten Weltkrieg, bei dem das vormalige Österreich-Ungarn zu den Verlierern gehört hatte, wurde Ungarn als unabhängiger Staat gegründet, verlor jedoch etwa zwei Drittel seines Territoriums an die umliegenden, ebenfalls neu gegründeten Staaten. Nach einer kurzen Zeit der bürgerlichen Republik des Grafen Mihály Károlyi und der »Räterepublik« unter Béla Kun wurde Ungarn vom sogenannten Reichsverweser Miklós Horthy autoritär regiert. 1934 schloss das Land ein Wirtschaftsabkommen mit dem nationalsozialistischen Deutschland und besetzte infolge der deutschen Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939 vormals zu Ungarn gehörende Gebiete in den Karpaten. Am 20. November 1940 trat Ungarn dem Dreimächtepakt mit Deutschland, Japan und Italien bei und nahm am Krieg gegen die Sowjetunion teil. Nach der Niederlage der 2. Ungarischen Armee 1943 vor Woronesch änderte die ungarische Regierung ihre Politik und versuchte eine Annäherung an die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, woraufhin deutsche Truppen das Land im März 1944 besetzten. Damit ging die Deportation von 400 000 ungarischen Juden mithilfe der ungarischen Gendarmerie und Staatsbeamten einher. Der Großteil der Deportierten wurde in deutschen Vernichtungslagern ermordet.

Im Herbst 1944 erreichte die Rote Armee von Osten her kommend das Land. Reichsverweser Miklós Horthy schloss im Herbst 1944 einen Waffenstillstand mit den sowjetischen Streitkräften, woraufhin er von SS-Verbänden gefangen genommen und in Bayern interniert wurde. Die Regierungsgeschäfte übernahmen die faschistischen Pfeilkreuzler unter Ferenc Szálasi. Mit Kriegsende geriet Ungarn unter sowjetische Besatzung. In den im Herbst 1945 erstmals abgehaltenen Wahlen erreichte die kommunistische Partei keine Mehrheit. Konkurrierende Parteien – wie die traditionell starke Partei der kleinen Landwirte – wurden daraufhin zerschlagen oder behindert. Im Juni 1948 erfolgte die Zwangsvereinigung von Sozialdemokratischer und Kommunistischer Partei zur Partei der ungarischen Werktätigen (MDP), die als einzige zu den Parlamentswahlen 1949 zugelassen wurde. Damit lag die Macht in den Händen des Generalsekretärs der kommunistischen Partei Ungarns und langjährigen Ministerpräsidenten Mátyás Rákosi. Unter der diktatorischen Führung des »besten Schülers Stalins«, wie sich Rákosi selbst zu nennen pflegte, stützten die regierenden Kommunisten ihre Herrschaft auf einen effizient funktionierenden Terrorapparat, der bereits 1945 aufgebaut worden war. Mithilfe der »Staatssicherheitspolizei« ÁVH (Államvédelmi Hatóság) wurden nicht nur die demokratischen Parteien ausgeschaltet. Auch »innere Feinde« – Mitglieder und Angehörige der Partei- und Staatsführung wie der Innen- und spätere Außenminister László Rajk – wurden nach dem Muster stalinistischer Schauprozesse verfolgt. Allein zwischen 1950 und 1953 wurden über 400 000 Menschen zu Gefängnisstrafen und langjähriger Haft in Arbeits- oder Konzentrationslagern verurteilt. Zu den Verurteilten gehörten beispielsweise Kardinal József Mindszenty und Paul Esterházy.

Der politische Terror verband sich mit einem ökonomischen Plandiktat: Übereilt durchgepeitschte Kollektivierungskampagnen und forcierte Industrialisierung, in deren Folge Zehntausende Menschen verhaftet oder verbannt wurden, führten zu einem drastischen Abfall des ohnehin geringen Lebensstandards. Vor dem Hintergrund des Volksaufstands in der DDR vom 17. Juni 1953, der nur mithilfe sowjetischer Truppen niedergeschlagen werden konnte, war der sowjetischen Führung viel daran gelegen, die Destabilisierung eines weiteren strategisch wichtigen Satellitenstaates zu verhindern. Am 4. Juli 1953 musste Mátyás Rákosi, auf Veranlassung Moskaus, zugunsten von Imre Nagy von seinem Posten als Regierungschef zurücktreten. Der Agrarfachmann Nagy distanzierte sich vom stalinistischen Führungsstil seines Vorgängers und führte eine »Politik des neuen Kurses« ein, die ihn für viele zum Hoffnungsträger machte. Er versuchte, einen Sozialismus ohne staatlichen Terror, mit größeren gesellschaftlichen Freiheiten und einer

moderateren Wirtschaftspolitik zu verwirklichen. Weite Teile des Parteiapparats standen jedoch noch unter dem Einfluss von Mátyás Rákosi und blockierten seine Politik. Dies führte schließlich dazu, dass Nagy aufgrund »parteischädigender, antimarxistischer, opportunistischer und rechtsgerichteter« Tendenzen am 14. April 1955 abgesetzt und einige Monate später aus der Partei ausgeschlossen wurde. Mit der Machtübernahme András Hegedüs, eines engen Vertrauten Rákosis, wurden in einer Phase der Restauration viele der von Nagy eingeleiteten Reformvorhaben wieder rückgängig gemacht. Spätestens seit dem Frühjahr 1956, nach Chruschtschows Enthüllungen über Stalin beim XX. Parteitag der KPdSU, kam es angesichts der offensichtlichen politischen und ökonomischen Fehlentwicklung im Land und der Weigerung der Regierung, personelle Konsequenzen zu ziehen, sowohl innerhalb der ungarischen Kommunistischen Partei (KP) als auch in weiten Kreisen der Bevölkerung zu Unmutsäußerungen. Reformorientierte Teile der KP und die antistalinistisch eingestellte Intelligenz lehnten den als rückschrittlich empfundenen Regierungskurs ab. Der in diesem Kontext ins Leben gerufene *Petőfi*-Kreis entwickelte sich im Sommer 1956 zum wichtigsten Diskussionsforum der Opposition und zum Wegbereiter der Revolution. Mit der Neugründung des unabhängigen Einheitsverbandes Ungarischer Universitäts- und Hochschulstudenten (MEFESZ) wurden am 19. Oktober 1956 neben dem Wunsch nach Bildungsreformen zum ersten Mal auch politische Forderungen gestellt.

Den Beginn der revolutionären Ereignisse markiert eine Demonstration am 23. Oktober 1956 in Budapest. Einen Tag zuvor hatten Studenten der Technischen Universität ein 16 Punkte umfassendes Manifest formuliert. Unter der Parole »Polen ist das Vorbild, lasst uns sogleich den ungarischen Weg bestreiten« forderten die Studenten den sofortigen Abzug sowjetischer Truppen aus Ungarn, die Bildung einer neuen Regierung unter Imre Nagy, die Absetzung alter Funktionskader der Rákosi-Ära sowie eine umfassende Demokratisierung des öffentlichen Lebens. In den Abendstunden des 23. Oktober demonstrierten mehr als 250 000 Personen in der ganzen Stadt, um die Postulate der Studenten zu unterstützen. Da die Forderungen nicht angenommen wurden, eskalierte die Situation. Ein Teil der Demonstranten stürmte das Rundfunkhaus, es kam zu Auseinandersetzungen mit dem Staatssicherheitsdienst, zahlreiche Tote und Verletzte waren die Folge. Unterdessen entstanden zahlreiche aufständische Gruppen, Revolutionskomitees und Arbeiterräte, welche gegen die nach Budapest verlegten sowjetischen Truppen kämpften. Imre Nagy wurde erneut zum Ministerpräsidenten ernannt. Am 28. Oktober bezeichnete er in einer berühmten Rundfunkansprache den Aufstand als »ein großes, [...] nationales, demokratisches Aufbegehren« und sicherte die Erfüllung eines Teils der Forderungen zu. Am nächsten Tag verließen die sowjetischen Truppeneinheiten auf Bitten der ungarischen Regierung Budapest.

Die Auflösung der kommunistischen Staatspartei, die Wiederherstellung des Mehrparteiensystems, die Freilassung der politischen Gefangenen der Ära Rákosi und vor allem der von Imre Nagy verkündete Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt sowie die Erklärung der staatlichen Neutralität führten zur militärischen Niederschlagung der ungarischen Revolution durch die Sowjetunion: In den Morgenstunden des 4. November 1956 begann die zweite sowjetische Offensive gegen Ungarn. Bei der blutigen Niederschlagung gingen die Streitkräfte im ganzen Land mit 15 Divisionen gegen die Aufständischen vor. Allein in Budapest fiel die Rote Armee mit rund 2 000 Panzern ein und zerschlug systematisch die noch intakten Einheiten des ungarischen Militärs. Am 6. November 1956 wurde die Hauptstadt unter sowjetische Militärverwaltung gestellt. Bis zum 11. November war die Besetzung des Landes trotz erbitterten Widerstands seitens der Bevölkerung im Wesentlichen abgeschlossen und die Revolution endgültig erstickt. Die Kampfhandlungen hatten rund 2 500 Ungarn das Leben gekostet, fast 20 000 wurden verletzt. János Kádár als neuer

Ministerpräsident versprach zunächst eine Amnestie und Straffreiheit für die Anhänger der Revolution. Erst später wurden die zunächst geduldeten Arbeiterräte aufgelöst und erste Verhaftungen vorgenommen. In Schauprozessen wurden bis 1958 wichtige Persönlichkeiten der Reformbewegung, darunter auch Imre Nagy, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Insgesamt ergingen 800 Todesurteile, 400 von ihnen wurden vollstreckt. Etwa 15 000 Menschen kamen in Internierungslager, weitere 20 000 Personen mussten langjährige Haftstrafen verbüßen. Rund 200 000 Ungarn flüchteten über die zeitweilig offene Westgrenze ins Ausland.

Nach der Niederschlagung der Revolution setzte János Kádár einerseits auf harte Repressionen gegen Oppositionelle und andererseits auf die Befriedung der Bevölkerung durch das Versprechen nach mehr Wohlstand, wofür der Begriff »Gulasch-Kommunismus« geprägt wurde. Wirtschaftsreformen ermöglichten in gewissen Grenzen private Initiativen im Kleinhandel und -handwerk. 1963 wurden fast alle der wegen ihrer Beteiligung an der Revolution Beteiligten amnestiert. Die Zensur wurde gelockert, obwohl bis zuletzt nicht aufgehoben.

Eine neue systemkritische Öffentlichkeit bildete sich erst Mitte der 1970er Jahre zunächst aus dem Kreis der Schüler des Philosophen Georg Lukács. Ohne die Legitimität des Regimes infrage zu stellen, optierten sie für allmähliche Ausweitung der Freiräume. Doch selbst diese Kritik am herrschenden System blieb nicht ohne Folgen. Verfasser von kritischen Schriften wurden festgenommen, erhielten Berufsverbot oder kamen ins Gefängnis. Als Reaktion auf die Zensur entwickelte sich auch eine eigene Samisdat-Literatur. Nach der Verhaftung von Mitgliedern der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung Charta 77 im Jahr 1977 forderten drei ungarische Intellektuelle in einem Protestbrief die Freilassung der Inhaftierten. Als Letztere 1979 zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, unterzeichneten bereits mehrere Hundert Personen eine Petition

Demonstration auf dem Budapester József-Boulevard während der ungarischen Revolution 1956



an die ungarische Führung. Viele von ihnen verloren in der Folge ihre Arbeit oder wurden unter Druck gesetzt und eingeschüchtert. In den 1980er Jahren verstärkten sich die oppositionellen Aktivitäten der ungarischen Gesellschaft. Es erschienen weitere Samisdat-Publikationen, zivilgesellschaftliche und Intellektuellen-Initiativen wurden gegründet. Gleichzeitig liberalisierte sich aufgrund der wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten – vor allem der hohen Westverschuldung – die ungarische Politik weiter: Eine Wahlrechtsreform ermöglichte die Aufstellung von zwei Kandidaten pro Wahlkreis. So gelang es einigen KP-unabhängigen Vertretern bereits 1985, in das Parlament gewählt zu werden. Unter dem Eindruck der Gorbatschow'schen Perestroika und Glasnost wurden die Befürchtungen vor einem militärischen Eingreifen der Sowjetunion in Ungarn immer geringer. Im Juni 1987 verkündete die Samisdat-Zeitschrift »Beszélő« eine Erklärung mit dem Titel »Der Konsens ist zu Ende« und forderte die Abdankung von János Kádár. Eine andere Gruppe von Intellektuellen gründete im Herbst desselben Jahres das Ungarische Demokratische Forum.

Nach Kádárs Ablösung im Mai 1988 fanden immer öfter Protestaktionen wie zum Beispiel am 16. Juni 1988 zur Erinnerung an den Volksaufstand von 1956 trotz Polizeigewalt und Verhaftungen in der Öffentlichkeit statt. Unter dem Druck der sich immer weiter organisierenden und erstarkenden Opposition stimmte die Parteiführung zunehmend der Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen, unter anderem auch Parteien zu. Ein symbolischer Wendepunkt war die feierliche Neubesetzung von Imre Nagy und seiner Kampfgefährten im Juni 1989. An der Gedenkveranstaltung nahmen Hunderttausende Menschen teil und gestalteten sie zu einer machtvollen Demonstration. Im Sommer 1989 wurde der »Eiserne Vorhang« an der ungarisch-österreichischen Grenze abgeschafft. Flüchtlinge aus der DDR gelangten nun über Österreich in die Bundesrepublik – ein Ereignis, das den Sturz des Honecker-Regimes und den Fall der Berliner Mauer beschleunigte.

Bei einer Volksbefragung im November 1989 stimmte die übergroße Mehrheit der ungarischen Bevölkerung für demokratische Reformen. Aus den Wahlen im April 1990 ging das Ungarische Demokratische Forum als Wahlsieger hervor. Die Umgestaltung in Ungarn verlief mittels Reformen und nicht als revolutionärer Prozess. Der sanfte Übergang zur Demokratie bedeutete aber auch, dass Fragen der Vergangenheitsaufarbeitung nur zögerlich angegangen wurden. Zwar verabschiedete man bereits 1990 erste Regelungen zur Aufhebung von Unrechtsurteilen (»Nichtigkeitsgesetz«) sowie zur Entschädigung der Betroffenen. Eine Strafverfolgung von Personen, die während der kommunistischen Diktatur für Verfolgung und Verbrechen verantwortlich waren, blieb aber aus. Bis 2005 wurden mehrere Tausend Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in hohen Regierungsämtern überprüft, ob sie während der kommunistischen Diktatur Parteiämter innehatten oder für die Geheimpolizei arbeiteten. Konsequenzen hatte dies jedoch für die wenigsten. Lediglich ein Prozent der überprüften Personen wurde aufgefordert, ihr Mandat oder ihren Posten aufzugeben. Enteignetes und beschlagnahmtes Eigentum wurde in den meisten Fällen – mit Ausnahme der Kirchen – nicht restituiert, allerdings oftmals entschädigt.

In Ungarn wurden Unterlagen der Geheimpolizei bereits 1989 massenhaft vernichtet, das 1997 zur Verwaltung der Akten der Geheimpolizei gegründete Historische Amt erhielt unvollständige Dokumente. 2003 wurde es in das Historische Archiv der Staatssicherheit umgewandelt. Die Akten stehen für individuelle Einsicht sowie wissenschaftliche Recherchen und Forschungen zur Verfügung.

Zahlreiche Denkmäler entstanden, die vor allem die Freiheitskämpfer der 1956er-Revolution würdigen und sie im öffentlichen Raum in Erinnerung halten. Seit 1989 ist der 23. Oktober Nationalfeiertag.

# Impressum

© 2018 Sandstein Verlag, Dresden und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herausgegeben von Anna Kaminsky  
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung  
der SED-Diktatur  
Kronenstraße 5  
10117 Berlin  
[www.bundesstiftung-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de)  
[buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de)

**Fachlektorat**  
Maria Matschuk

**Lektorat**  
Sina Volk, Sandstein Verlag

**Satz und Reprografie**  
Jana Felbrich, Jana Neumann, Sandstein Verlag

**Gestaltung**  
Jana Felbrich, Sandstein Verlag

**Druck und Verarbeitung**  
FINIDR, s. r. o.  
Český Těšín

**Titelmotiv**  
Mahnmal für die Opfer der Hungerkatastrophe  
in Kasachstan (© Jens Schöne)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

[www.sandstein-verlag.de](http://www.sandstein-verlag.de)  
ISBN 978-3-95498-390-2